

Einigung über den Bundeshaushalt

Ende letzter Woche hat sich die Ampel-Koalition auf den Bundeshaushalt 2025 einigen können. Für 2025 sind Gesamtausgaben in Höhe von 481 Milliarden Euro vorgesehen. Das sind 8 Milliarden Euro weniger als im Vorjahr. Der Haushalt 2025 beinhaltet eine Neuverschuldung in Höhe von 44 Milliarden Euro, die im Rahmen der Schuldenbremse vorgenommen werden soll. Die SPD konnte sich mit ihrem Vorschlag der Aussetzung der Schuldenbremse auf Grund des Ukrainekriegs nicht durchsetzen.

Zu den inhaltlichen Eckpunkten: Für Unternehmen sind beschleunigten Abschreibungen von Investitionen vorgesehen. Im Bürgergeld soll eine Anschubfinanzierung eingeführt werden. Diese sieht vor, dass Langzeitarbeitslose im ersten Jahr ihres neu-gefundenen Jobs mehr von ihrem Verdienst behalten dürfen, ohne dass ihr Gehalt mit Sozialleistungen verrechnet wird. Bis 2028 sollen 20 Milliarden Euro in den sozialen Wohnungsbau fließen.¹

Für Familien soll der Kindersofortzuschlag von 20 auf 25 Euro, das Kindergeld und der Kinderfreibetrag erhöht werden. Zur Erklärung: Bei dem Kindersofortzuschlag handelt es sich um eine monatliche Zahlung pro Kind an bedürftige Familien im Bürgergeld. Das Kindergeld wird an alle Eltern pro Kind ausgezahlt. Mit dem Kinderfreibetrag können Familien ihr zu versteuerndes Einkommen verringern.²

Der Verteidigungshaushalt soll um 1,2 Milliarden Euro ansteigen. Bundesverteidigungsminister Pistorius zeigte sich enttäuscht, da er einen Zusatzbedarf von 6,5 bis 7 Milliarden Euro angemeldet hatte.³

Notizen:

- „Der Entwurf des Bundeshaushalts 2025 zeigt die Bemühungen aller Ampelparteien, eine konstruktive Lösung zu finden und ihre Differenzen zu überwinden. Er bietet aber viel politischen Sprengstoff. Der Sparhaushalt für 2025 zeichnet ein falsches Bild, indem er Kürzungen bei den Sozialausgaben als hohe Priorität darstellt, wohlwissend, dass vor allem die Versprechen bei der Rente kurzfristig erfüllt werden müssen. Im neuen Bundeshaushalt fehlen Kürzungen klimaschädlicher Subventionen, die in Deutschland über 60 Milliarden Euro im Jahr ausmachen, wie auch ein Abbau anderer Steuerprivilegien, um wirtschaftlichen Wettbewerb zu stärken und eine faire Lastenverteilung sicherzustellen. Die restriktive Finanzpolitik der Bundesregierung ist mit die größte Bremse für die wirtschaftliche Erholung und daher ein schwerwiegender politischer Fehler.“ Marcel Fratzscher (DIW)⁴
- „Vor lauter politischer Überanstrengung hat die Bundesregierung vergessen, auch nur ein Problem wirklich und nachhaltig zu lösen. Der Investitionshaushalt ist bezogen auf die Infrastrukturmängel völlig unzureichend; das Sozialbudget bleibt – gemessen an den

¹ <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundeshaushalt-2025-mit-diesem-etat-plant-die-ampel-a-70302bb1-8032-49ac-b448-9739ddff7499>

² <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/haushalt-ampelkoalition-106.html>

³ <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/haushalt-pistorius-wehretat-100.html>

⁴

https://www.diw.de/de/diw_01.c.907387.de/restriktive_finanzpolitik_ist_schwerwiegender_politischer_fehler.html

Fehlanreizen –überdehnt; die langfristige Finanzierung der Verteidigungsausgaben, um das 2-Prozent-Ziel einzuhalten, ist offen. Und wer würde ernsthaft behaupten, die Staatsverschuldung sei das drängendste Problem unserer Zeit? (...) Die Verantwortung für die Zukunft ist umfassender definiert.

Bis mindestens 2028 soll der Sparkurs weitergehen, hat der Finanzminister trotz allem angekündigt – und verhält sich damit wie ein Hausbesitzer, der bei einem Rohrbruch so lange auf die Butter verzichtet, bis er das Geld für den Handwerker zusammen hat. Mag sein, dass er in ein paar Jahren das Geld für die Reparatur gespart hat, nur steht ihm bis dahin vermutlich das Wasser bis zum Hals. (...) Wer unter diesen Umständen so tut, als gäbe es jenseits von Abschaffung oder Beibehaltung der Schuldenbremse keine Optionen, stellt sich bewusst ahnungslos. Man könnte etwa einen kreditfinanzierten Infrastrukturfonds einrichten, der wie bei der Bundeswehr in der Verfassung festgeschrieben wäre. Man könnte auch behutsam eine Nettoinvestitionsregel in die Schuldenbremse integrieren. Oder man könnte eine Ausgabenregel einführen, die nachfinanzierte Steuerreformen möglich macht. Was es auch ist: Es gibt Handlungsspielraum, mit höheren Investitionsausgaben und Strukturreformen auch unter den neuen Regeln des EU-Fiskalpakts. Höchste Zeit, dass die Bundesregierung ihn nutzt – und die echten Probleme angeht.“ – Michael Hüther (IW Köln)⁵

⁵ <https://www.iwkoeln.de/presse/in-den-medien/michael-huether-kein-problem-wirklich-geloest.html>